

Rede anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2010 in der Stadtverordnetenversammlung am 19. Januar 2010

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

bis zum Jahr 2013 erwartet der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Christian Schramm, ein Minus von jährlich mehr als zwölf Milliarden Euro in den kommunalen Kassen. Schuld seien die wegbrechenden Steuereinnahmen infolge der Finanzkrise und weiter steigende Sozialausgaben. Unterstrichen wird diese Aussage durch Meldungen des Statistischen Bundesamtes vom Dezember. So haben die Städte und Gemeinden in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 insgesamt 6,7 Milliarden Euro mehr ausgegeben als eingenommen. Im Jahr davor konnten die Kommunen noch insgesamt einen Überschuss von 5,6 Milliarden erwirtschaften.

Diese und ähnliche Mitteilungen dominierten die Titelseiten der Tagespresse auch in unserer Region zu Beginn des neuen Jahres. So zitiert die FAZ den Hauptgeschäftsführer des deutschen Städtetages Stephan Articus mit den Worten „Eine Reihe von Städten wird 2010 gezwungen sein, trotz jahrelanger Haushaltskonsolidierung weitere Einsparungen vorzunehmen. Sie werden jetzt aber zum Teil auch nicht umhinkommen, etwas auf der Einnahmeseite zu tun und zum Beispiel bei einzelnen Leistungen Gebühren stärker kostendeckend zu gestalten.“

Es wäre also geradezu fantastisch, wenn man erwarten würde, dass bei dieser wirtschaftlichen Großwetterlage eine bereits finanziell kränkelnde Stadt Flörsheim am Main auf dem Wege der finanziellen Genesung wäre. Tatsächlich hat sich die wirtschaftliche Lage unserer Stadt merklich verschlechtert. Ich scheue mich, von einer dramatischen Entwicklung zu sprechen, aber die sich allem Anschein nach beschleunigende negative Tendenz ist unübersehbar. Dabei muss erwähnt werden, dass von Seiten der Verwaltung bereits in den zurückliegenden Jahren nach den Prinzipien strengster Sparsamkeit vorgegangen wurde.

Ein Blick auf die Jahresergebnisse in den Haushaltspositionen Personal sowie Sach- und Dienstleistungen ist ein nicht zu bezweifelndes Indiz hierfür. So konnten wie schon im Jahr 2007 die Ausgabenansätze für Personalaufwendungen sowie Sach- und Dienstleistungen auch im Haushaltsjahr 2008 deutlich unterschritten werden. Auch der Rückgang der geplanten Aufwendungen in 2010 gegenüber dem Vorjahr mag als Beleg hierfür dienen.

Im städtischen Haushalt klafft zwischen den Erträgen von 25.411.100 € und den Aufwendungen von 33.309.100 € eine nicht mehr zu schließende Lücke von

7.898.000 € als Defizit im Ordentlichen Ergebnis des Haushaltsentwurfes für das Jahr 2010.

Zusammen mit den Beträgen aus den Jahren 2007 bis 2009 errechnet sich ein Fehlbetrag in Höhe von rd. 18,7 Mio. €. Mit den Ergebnissen der Mittelfristigen Finanzplanung kumuliert das städtische Defizit so aller Voraussicht nach am Ende des Jahres 2013 zu einem Betrag von rd. 36,9 Mio. €. Rechnet man auch noch den zu diesem Zeitpunkt erwarteten städtischen Schuldenstand von rd. 27,4 Mio. € hinzu, so ergibt dies einen Betrag von rd. 64,3 Mio. €. Schließlich lassen die Verbindlichkeiten der städtischen Eigenbetriebe die Summe aller städtischen Verbindlichkeiten am Ende des Haushaltsjahres 2013 in eine Größenordnung von rd. 94 Mio. € klettern.

Ich lege Wert auf die Feststellung, dass dies kein Schreckensszenario ist, im Gegenteil ist dies eine eher vorsichtige Schätzung, die die auf die Kommunen mit einiger Wahrscheinlichkeit noch zukommenden Finanzlasten gar nicht einschließt oder einschließen kann. Ich erinnere nur an die unleidliche Steuersenkungsdiskussion, die unweigerlich erhebliche, derzeit nicht zu kalkulierende Zusatzbelastungen für die kommunalen Haushalte mit sich bringen muss.

Nun, wo liegen die Gründe für die aktuelle negative Entwicklung, die nicht erst im städtischen Haushalt des Jahres 2007 ihren Anfang nahm. Lässt man die städtischen Umlageverpflichtungen einmal außer Acht, wie es die Berechnungsmethode der Kommunalaufsicht verlangt, sind die laufenden Ausgaben nur noch zu 64 % durch entsprechende Einnahmen im Haushaltsjahr 2010 gedeckt. Es ist unbestreitbar, wir leben über unsere Verhältnisse und wir tun dies mit einer bemerkenswerten Gelassenheit oder besser gesagt Selbstverständlichkeit. Aber es sollte an dieser Stelle auch nicht unerwähnt bleiben, dass beispielsweise von den Steuereinnahmen, die der Stadt Flörsheim am Main zufließen, lediglich rd. 37 % auch tatsächlich im Haushalt zur Verfügung stehen.

Ein deutlich höherer Teil geht als Umlage an den Main-Taunus-Kreis bzw. an Bund und Land. Deshalb ist es in meinen Augen schon fast eine Dreistigkeit, wenn der Landrat des Main-Taunus-Kreises für die neuen Räume der schulischen Betreuung an der Weilbach-Schule von der Stadt eine Quadratmetermiete von über 18 € verlangen will.

Die zahlreichen Briefe und E-Mails, die ich nach der Erhöhung der Hundesteuer bekam, haben bei mir die Frage aufkommen lassen, wieso wir unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht begreiflich machen können, dass allen kommunalen Leistungen auch Kosten gegenüberstehen und dass diese Kosten, egal ob durch Steuern oder Gebühren, bezahlt werden müssen. Ich habe vor wenigen Tagen einen neuen Personalausweis für acht Euro beantragt. Die dazu notwendigen Passbilder waren teurer. Jetzt vergleichen Sie einmal die beiden Leistungen und fragen Sie sich, was dann der Personalausweis im Vergleich zu den Passbildern wohl kosten müsste. So, und nun stellen Sie sich bitte noch die Reaktion vor, wenn Sie die jetzt notwendige kostendeckende Gebühr vor unseren Bürgerinnen und Bürgern vertreten wollen. Alle öffentlichen Leistungen verursachen Kosten und es gibt nur einen Einzigen, der sie wie auch immer am Ende bezahlen muss: der Bürger!

Et is wie et is, et kütt wie et kütt, un et hätt noch immer jut jejang! Dies kölsche Grundgesetz, das schon Konrad Adenauer schätzte, ist bestimmt nicht das

schlechteste Gesetz, erst recht nicht, wenn man sich die jüngste Gesetzgebung in unserem Land so anschaut. Neues kaufmännisches Rechnungswesen hin oder her, es scheint ja dem Anschein nach auch wirklich so zu sein, dass eine Stadt nicht Pleite gehen kann. Anders als unsere Bürgerinnen und Bürger, die in vergleichbarer Lage schon längst keinen Dispokredit mehr bekämen, hat die Stadt Flörsheim am Main bei den Banken nahezu unbegrenzt Kredit. Tatsächlich gibt es einige, die dem Aussitzen der kommunalen Finanzkrise das Wort reden. Aber genau an dieser Stelle beginnt das eigentliche Problem.

Um Steuer- und Umlageverpflichtungen bereinigt, steigen die städtischen Aufwendungen von 2007 bis Ende 2010 voraussichtlich um 11,8 % auf einen Betrag von rd. 21,9 Mio. €. Im gleichen Zeitraum steigt die Zinsbelastung des Haushaltes der Stadt Flörsheim am Main um 20,4%, bis zum Jahr 2013 sogar um 60,1 %. Die Zinsen fressen uns so langsam aber sicher auf, oder etwas weniger martialisch formuliert: Wir verlieren über kurz oder lang auch noch den letzten Rest an kommunalpolitischem Gestaltungsspielraum, wenn wir uns nicht zum Gegensteuern zusammenfinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

sind Sie der Meinung, dass es gut gehen wird? Wenn man sich aber zum Handeln entschließt, sollte man sich zuvor über die Ursachen Klarheit verschaffen.

Im Jahr 2010 wird sich das Defizit im Budget 4.20.01 „Tageseinrichtungen für Kinder“ von 2,65 Mio. € in 2007 auf 3,43 Mio. € erhöhen. Dies entspricht einer Erhöhung von 29,3 % innerhalb von nur vier Jahren. Bis 2013 wird sich das Defizit ohne Gegensteuern weiter auf 38,4 % erhöhen.

Wenn sie sich in 2010 den Kostendeckungsgrad von nur noch 23,9 % in diesem Budget betrachten, erkennen Sie, dass es hier nicht um eine Frage der sparsamen Haushaltsführung geht. Ganz im Gegenteil kann ich davon ausgehen, dass auch in diesem Bereich nach den Grundsätzen strengster Sparsamkeit gewirtschaftet wird. Allerdings wird sich ohne ein entsprechendes Gegensteuern der Kostendeckungsgrad kontinuierlich weiter verringern. Ohne näher auf Einzelheiten eingehen zu wollen, sei in diesem Zusammenhang an die beiden zentralen Probleme „Hessische Mindestverordnung“ und „Ausweitung der Betreuung von Unterdreijährigen“ erinnert.

Das Produkt „Pass- und Meldewesen“ habe ich ja schon angesprochen. Wenn wir hier für Bund und Land keine kostendeckenden Gebühren erheben dürfen, hat das natürlich Konsequenzen. So wird sich der Kostendeckungsgrad in diesem Bereich infolge des gestiegenen Aufwandes von 57,3 % in 2007 auf 40,9 % in 2010 deutlich verringern. Kein Unternehmen könnte mit solchen Zahlen überleben.

Dort, wo wir unsere Ausgaben beeinflussen können, lassen sich auch Einsparungen realisieren. So konnte das Ergebnis des Produktes 01.30.01 „Zentrale Dienste der Verwaltung“ von 2007 bis 2010 um ca. 25.000 € oder 4,9 % verbessert werden. Besonders aussagekräftig erscheint mir der Blick auf den Betriebskostenzuschuss für die beiden Eigenbetriebe. So hat sich von 2007 bis 2010 der Betriebskostenzuschuss an die beiden Eigenbetriebe Stadthallen und Stadtwerke um 0,3 % verringert, ist also nahezu konstant gewesen. Tatsächlich konnte aber der Zuschuss an den Eigenbetrieb Stadthallen um ca. 56.000 € oder 3,9 % verringert werden, während

beim Eigenbetrieb Stadtwerke der Zuschuss für den Öffentlichen Personennahverkehr um ca. 50.000 € oder 10,2 % im gleichen Zeitraum angestiegen ist. Mühsam erzielte Einsparungen werden hierbei an anderer Stelle durch nicht zu beeinflussende Mehrausgaben aufgezehrt.

Dies sind nur vier plakative Beispiele. Die Reihe lässt sich beliebig fortsetzen. Wir erbringen mehr gezwungen als freiwillig ohne die damit verbundenen Kosten im Auge zu behalten immer anspruchsvollere Leistungen. Dies lässt sich auch praktischer beschreiben: Wir sparen an der einen Stelle 10 € ein und müssen an anderer Stelle 20 € mehr ausgeben. Die in den Kommunen Verantwortung tragen sind also weniger Täter als Opfer. Dabei fehlt auch noch eine vollständige Kosten- und Leistungsrechnung, so dass wir den einzelnen Budgets die tatsächlichen Kosten nicht wirklich zuordnen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich die Darstellung der Ausgabenseite des städtischen Haushaltes mit einem Blick auf das Wetter abschließen. Es bedarf keiner seherischen Fähigkeiten, wenn ich behaupte, dieser Winter ist noch nicht zu Ende. Als Bürgermeister der Stadt Flörsheim am Main möchte ich dies zum Anlass nehmen, um den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bauhofs für ihre bisherige Leistung im Winterdienst zu danken. In einem Winter, wie wir ihn schon lange nicht mehr erlebt haben, leisten Sie hervorragende Arbeit, die keinen Vergleich scheuen muss.

Als Kämmerer muss ich jedoch feststellen, dass sich dieser Winter in nicht unerheblichem Umfang auf der Ausgabenseite des städtischen Haushaltes niederschlagen wird. Schon jetzt haben sich die Überstunden der Bauhofmitarbeiter im Vergleich zum letzten Winter mehr als verdoppelt. Fast 1.500 Arbeitsstunden haben die Kolleginnen und Kollegen bisher im Winterdienst abgeleistet. Dem entsprechend hat sich schon jetzt der Salzverbrauch nahezu verdoppelt. Aber gerade an dieser Stelle zeigt sich, wie wertvoll und unverzichtbar die selbstverständlichen kommunalen Leistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge sind. Wenn die Kommunen nicht mehr in der Lage wären, einen funktionierenden Winterdienst zu gewährleisten, würde unser Wirtschaftsleben zusammenbrechen. Diese Lehre muss man aus dem diesjährigen Winter zweifelsfrei ziehen.

Die scheinbar nicht mehr zu kontrollierende Entwicklung der städtischen Ausgaben allein wäre aber noch keine ausreichende Erklärung für das mit erschreckendem Tempo ansteigende Defizit im städtischen Haushalt. Eine Erklärung muss also auch auf der Einnahmeseite zu finden sein.

Tatsächlich sind die Einnahmen im städtischen Haushalt nach Abzug von Steuer- und Umlageverpflichtungen seit dem Jahr 2007 um rd. 2,2 Mio. € oder 13,6 % zurückgegangen. Es ist zu hoffen, dass sich die Einnahmen aus der Gewerbesteuer nach den fetten Jahren 2004 und 2005 und einem Tiefpunkt im Jahr 2009 jetzt wieder nach oben bewegen. Allerdings wird nach den neuesten Zahlen im Ergebnis des Jahres 2009 das Ziel von 6,0 Mio. € deutlich verfehlt. Neben dem allgemeinen wirtschaftlichen Abschwung infolge der Finanzkrise hat sich auf der Einnahmeseite auch die Unternehmenssteuerreform des Jahres 2008 bemerkbar gemacht. Die Steuerentlastungen von bis zu 10 % für Unternehmen gingen wesentlich zulasten der Kommunen.

Erstaunen dürfte in diesem Zusammenhang ein bisher relativ unbekannter Nebeneffekt der Unternehmenssteuerreform im Bezug auf die Gewerbesteuerzahlungen von Personengesellschaften auslösen. So minimiert sich die Gesamtsteuerbelastung für Personengesellschaften bei einem Gewerbesteuerhebesatz von 380 Punkten, während sich gleichzeitig die Einnahmen der Kommune aus der Gewerbesteuer deutlich erhöhen. Von unserem Hebesatz von 300 Punkten ausgehend, bedeutet jedes Anheben des Gewerbesteuerhebesatzes eine Entlastung von Personengesellschaften. Hierbei ist die Entlastung umso größer, je mehr die Steuer angehoben wird, ein fürwahr faszinierender Gedanke.

Dass die unselige Kombination von allgemeiner Steuerentlastung und Finanzkrise die Einnahmen aus Einkommenssteuer und Umsatzsteuer nicht verschont, versteht sich dann schon von selbst. So sind die aus Einkommenssteuer und Umsatzsteuer resultierenden kommunalen Anteile seit 2007 um 10,6 % oder rd. 1,2 Mio. € zurückgegangen.

Damit sich das Bild auf der Einnahmeseite für Sie auch vollständig abrundet, hier noch der kurze Verweis auf die Entwicklung des kommunalen Finanzausgleichs. Nach dem durchaus erfreulichen Ergebnis des Jahres 2009 gehen die sogenannten Schlüsselzuweisungen des Landes auf 779.000 € zurück und werden sich damit gegenüber 2009 annähernd halbieren. Besorgniserregend sind an dieser Stelle die Bestrebungen der hessischen Landesregierung, den kommunalen Finanzausgleich ab dem Jahr 2011 um 400 Mio. € zu kürzen. Für die hessischen Städte und Gemeinden kann es nur dramatische Auswirkungen haben, wenn den kommunalen Haushalten in Hessen mehr als ein Achtel der derzeit rund 3,2 Mrd. € entzogen wird und, wie schon erwähnt, das Land Hessen den Kommunen im gleichen Atemzug zusätzliche Ausgabenverpflichtungen auferlegt.

Es ist unzweifelhaft, dass das eben erst verabschiedete Wachstumsbeschleunigungsgesetz zu weiteren erheblichen Einnahmeverlusten bei den hessischen Kommunen führen wird. Hessenweit soll es sich dabei nach Schätzungen des Hessischen Städtetages um Mindereinnahmen in einer Größenordnung von 80 Mio. € handeln.

Weitere Steuersenkungen, die mit Sicherheit wiederum auch die Kommunen treffen werden, werden auf Bundesebene bereits angekündigt, oder sollte man besser sagen: angedroht.

Die Stadt Flörsheim am Main kann nur noch 64 % ihrer laufenden Verpflichtungen aus eigenen Einnahmen finanzieren und alles, was wir bisher über die weitere Entwicklung wissen, deutet daraufhin, dass sich an dieser Situation auf absehbare Zeit nichts ändern wird.

Unsere Stadt steht mit diesem Problem nicht allein. Selbst im wohlhabenden Rhein/Main-Gebiet gibt es eine Vielzahl von Städten und Kommunen, die sich in einer ähnlichen Situation befinden.

Die Kommunen sind das Rückgrat des modernen Sozialstaates, sie garantieren schließlich das Gemeinwohl, ihre Handlungsfähigkeit darf nicht grundlegend gefährdet werden. Wenn wir es zulassen, dass den Kommunen ihre finanzielle Ge-

staltungskraft und damit jegliche Handlungsfähigkeit genommen wird, dann riskieren wir auch die fiskalische, politische und normative Handlungsfähigkeit unseres demokratischen Staatswesens. Nur die Kommunen können vor Ort den sozialen Ausgleich organisieren und praktische Solidarität innerhalb der Gesellschaft oder bürgerschaftliches Engagement unterstützen. Mit dem ständigen Verkünden von Streichungen und Kürzungen lässt sich das dringender denn je in den Kommunen benötigte, ehrenamtliche Engagement nicht ausbauen.

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren,

handlungsfähig zu bleiben oder gestalten zu wollen, setzt die Bereitschaft voraus, auch in finanziell schwierigen Zeiten zu investieren. Natürlich gelten in finanziell schwierigen Zeiten andere investive Maßstäbe als in Zeiten des Überflusses. In einer Situation wie der unseren sollten sich Investitionen ausschließlich daran messen lassen, inwieweit sie zu einer Minderung der laufenden Ausgaben beitragen. Investive Aufwendungen, die den Ergebnishaushalt dauerhaft belasten, müssen bei unserer Haushaltslage nach einem besonders strengen Maßstab beurteilt werden.

Im Haushaltsjahr 2010 sind für Investitionen und Investitionszuweisungen Mittel in einer Höhe von rd. 6,2 Mio. € vorgesehen. Zu den wesentlichen Ausgaben des Finanzhaushaltes zählen:

Für das Produkt 02.02.01 „Grundstücksverkehr und Beteiligungen“ sind zum Erwerb bebauter und unbebauter Grundstücke Mittel in Höhe von 800.000 € eingeplant.

Für das Produkt 03.03.01 „Brandschutz“ sind 373.300 € an investiven Mitteln vorgesehen. So ist die Restfinanzierung des neuen Feuerlöschbootes sowie die Ersatzbeschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges vorgesehen. Ferner wurden erste Mittel für die Anschaffung von digitalen Funkgeräten eingeplant. Mit Einführung des Digitalfunks ist ein vollständiger Austausch aller Funkgeräte der Feuerwehr erforderlich.

In der Produktgruppe 07.03 Hochbaumaßnahmen sind Mittel in Höhe von 850.000 € für die Erweiterung der Kindertagesstätte Sonnengarten eingeplant. In der Kindertagesstätte sollen Räumlichkeiten für drei zusätzliche U3-Betreuungsgruppen entstehen und die Erweiterung des Außengeländes gestaltet werden.

Darüber hinaus sollen in den städtischen Häusern Am Untertor und in der Kapellenstraße für rd. 120.000 € die Elektrosteigleitungen erneuert werden. Die Maßnahme ist Teil eines Modernisierungskonzeptes, das für einen Zeitraum von vier Jahren geplant ist und für das Haushaltsmittel in einer Größenordnung von rd. 1,32 Mio. € eingeplant sind.

Das Produkt 07.01.03 „Stadtsanierung, Denkmalschutz“ enthält einen Ansatz von 1,72 Mio. € für Maßnahmen auf dem ehemaligen Axthelmgelände. Ein Großteil der benötigten Haushaltsmittel soll dabei durch die Veräußerung von Grundstücken innerhalb des Sanierungsgebietes eingebracht werden. Mit der Neubebauung des Axthelm-Geländes wird die vom Land Hessen geförderte Stadtsanierung hier in Flörsheim auslaufen. Mit dem Bau der Kulturscheune hat die städtebauliche Wiederbelebung eines zentralen Ortes der Flörsheimer Innenstadt begonnen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit betonen, dass es auf dem Weg der Stadtsanierung kein

Zögern geben darf, wenn wir nicht in erheblichem Umfang Fördergelder riskieren wollen. Ich denke, Sie werden mit mir darin übereinstimmen, dass die für die Stadtentwicklung so wichtige Wiederbelebung des ehemaligen Axthelm-Geländes ohne die Mittel aus der Städtebauförderung bei der derzeitigen städtischen Finanzlage auf absehbare Zeit so nicht zu realisieren wäre. Leider hat der Investorenwettbewerb für die Neubebauung des Geländes rund um den ehemaligen Schützenhof noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis geführt. Die Finanzkrise hat leider auch hier ihre Spuren hinterlassen. Aber noch gibt es keinen Stillstand auf einem derzeit schwierigen Weg und die jüngsten Gespräche lassen darauf hoffen, dass wir hier in Kürze doch den entscheidenden Schritt vorankommen.

1,779 Mio. € werden für Tiefbaumaßnahmen des Produktes 07.04.02 eingeplant. Dazu gehören auch alte Verpflichtungen gegenüber der Deutschen Bahn AG aus dem Bau der Hertie-Unterführung. Die Deutsche Bahn AG hat zum Ende des letzten Jahres mitgeteilt, dass für nicht kreuzungsbedingte Leistungen im Zusammenhang mit der Beseitigung des Bahnübergangs Bahnhofstraße/Weilbacher Straße von der Stadt Flörsheim am Main noch Kosten in Höhe von ca. 800.000 € zu erstatten sind. Da das Amt für Straßen- und Verkehrswesen Wiesbaden bis heute keine Schlussrechnung vorlegen konnte, muss in 2011 noch mit weiteren Aufwendungen in Höhe von rd. 500.000 € gerechnet werden.

Für die Beseitigung des Bahnübergangs in der Wickerer Straße, die im März dieses Jahres beginnt, werden in 2010 städtische Mittel in Höhe von rd. 100.000 € benötigt.

In Wicker soll die Straßenbeleuchtung im Bereich Rebenstraße lichttechnisch und Energie sparend erneuert werden. Derzeit werden mit der Süwag Gespräche geführt, ob eventuell eine Energie sparende LED-Technik erstmals in Flörsheim als Straßenbeleuchtung zum Einsatz kommen kann. Die eingestellten Mittel in Höhe von 60.000 € enthalten hierfür eine erste Rate.

Im Zusammenhang mit der Erneuerung von Ver- und Entsorgungsleitungen sind für die dringend notwendige Sanierung der Johanneskirchstraße in Weilbach 220.000 € im Haushaltsjahr 2010 eingeplant.

Für die lange aufgeschobene Sanierung der Brücke in der Erlenstraße in Weilbach sind 50.000 € in 2010 veranschlagt.

In der Produktgruppe Tiefbau ist außerdem ein Ansatz von rd. 130.000 € für die Erneuerung von Gehwegen enthalten.

Im Stadtteil Keramag/Falkenberg soll die Straße Am Wickerbach für rd. 145.000 € erneuert werden. Die Maßnahme soll im Zusammenhang mit der Verlegung des Geh- und Radweges auf die ehemalige Trasse des Industriegleises realisiert werden.

Für den Neubau der Brücke über den Wickerbach im Zuge der Böttgerstraße in Keramag/Falkenberg sind 20.000 € eingeplant.

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf des Jahres 2010 wurde, wie eingangs schon erwähnt, nach dem Grundsatz größter Sparsamkeit erstellt. Er enthält aber bewusst keine Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung. Nur so lässt sich nach meiner Auffassung die ganze Dramatik unserer Finanzlage verdeutlichen. Im Verlauf der Beratungen der AG Haushaltskonsolidierung bin ich aufgefordert worden, meine Vorstellungen zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes darzulegen. Sie erhalten deshalb den Haushaltsentwurf 2010 zusammen mit einer Liste meiner Konsolidierungsvorschläge, die ich trotz nicht geringer Bedenken zusammengestellt habe. Aus nahe liegenden Gründen hätte ich es für sinnvoller angesehen, wenn Ihnen im Laufe der Haushaltsberatungen nur eine abgestimmte Liste der AG Haushaltskonsolidierung vorgelegt würde.

Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, um noch einmal klar zu stellen, dass die Begründung der Galf für ihren Ausstieg aus der AG Haushaltskonsolidierung nach meiner Meinung in keiner Weise nachvollziehbar ist. Ich hoffe doch sehr, dass alle Parteien sich der schwierigen Lage bewusst sind, in der sich unsere Stadt befindet. Es sind jetzt keine parteipolitischen Spielereien gefragt. Unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten mit Recht Ergebnisse und eine Aussage, wie es mit den städtischen Finanzen weitergehen wird und mit welchen Belastungen sie künftig rechnen müssen. Denn Sie, meine sehr geehrten, Damen und Herren, wollen doch nicht allen Ernstes behaupten, dass eine Lösung unseres gemeinsamen Problems ohne zusätzliche Belastungen für unsere Bürgerinnen und Bürger möglich ist?

Wie ich Ihnen schon zu Beginn meiner Rede erläuterte, wird sich der kumulierte Fehlbetrag des Ergebnishaushaltes im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 2013 auf den Betrag von fast 37 Mio. € erhöht haben.

Im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung wären somit über die nächsten vier Jahre durchschnittliche jährliche Einsparungen in Höhe von rd. 9,3 Mio. € für die Konsolidierung des städtischen Haushaltes zu erbringen. Damit ist das Ziel einer vollständigen Konsolidierung bei der derzeitigen Einnahmesituation des städtischen Haushaltes kurz oder mittelfristig nicht zu erreichen. Selbst ein Ausgleich des Ordentlichen Ergebnisses im Jahre 2013 ist aus heutiger Sicht ausgeschlossen.

Mit einem Haushaltssicherungskonzept zum Haushaltsplan 2010 der Stadt Flörsheim am Main lässt sich deshalb, ohne auf dringende Investitionen zu verzichten, kein ziel führendes aber ein bei realistischen Annahmen maximales Einsparvolumen erzielen. Die Maßnahmen zur Konsolidierung, die ich Ihnen nun nachfolgend erläutern möchte, lege ich Ihnen hiermit zusammen mit dem Haushaltsentwurf zur Beratung und Beschlussfassung vor:

Die Grundsteuern A und B sollen von 220 auf 300 Punkte angehoben werden. Dies entspricht den aktuellen Empfehlungen des Hessischen Rechnungshofes. Die Erhöhung sollte in drei Stufen erfolgen, im Jahr 2011 um 40 Punkte, im Jahr 2012 um weitere 20 Punkte und im Jahr 2013 schließlich die Anhebung auf 300 Punkte. Die einzelnen Schritte stehen unter dem Vorbehalt, dass sich die Haushaltslage nicht wesentlich verbessert. So lassen sich zusätzliche Einnahmen für den Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung in Höhe von 1.248.000,- € realisieren. Anzumerken wäre aus meiner Sicht hierzu noch, dass beispielsweise die Grundsteuer B der Stadt Hattersheim aktuell 350 Punkte beträgt.

Die Gewerbesteuer wird ab dem Jahr 2011 von 300 auf 310 Punkte erhöht. Damit lassen sich zusätzliche Einnahmen in Höhe von 635.000,- € für den Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung realisieren. Der vorhin angeführte Steuersatz von 380 Punkten dürfte trotz seiner günstigen Wirkung auf die Gesamtsteuerbelastung von Personengesellschaften in Flörsheim nicht umsetzbar sein. Schließlich ist der Anteil der Kapitalgesellschaften am Gewerbesteueraufkommen in unserer Stadt mit über 67 % dominierend und leider profitieren Kapitalgesellschaften nicht von dieser Optimierung des Gewerbesteuerhebesatzes.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden für den Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung produktbezogen auf einen Gesamtbetrag in Höhe von 5,0 Mio. € eingefroren. Es lassen sich über den Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung durchschnittliche Einsparungen in Höhe von 267.000,- € jährlich realisieren.

Die Aufwendungen für die Instandhaltung von Gebäuden werden über den Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung um den zusätzlichen Betrag von 96.000 € gekürzt.

Die Mitgliedschaft im Hessischen Städtetag wird gekündigt. Daraus ergeben sich Einsparungen ab 2012 in Höhe von 8.000 €. Die Mitgliedschaft im Hessischen Städte- und Gemeindebund soll bestehen bleiben.

Mit dem Flörsheimer Handwerker- und Gewerbeverein sollen Gespräche über eine Beteiligung an den Kosten der Weihnachtsbeleuchtung geführt werden. Als Alternative soll die Weihnachtsbeleuchtung um ein Drittel reduziert werden. Damit verbunden sind Einsparungen in Höhe von 4.000 € ab 2010.

Die Gebühren für Kindergärten, Horte und Betreuungseinrichtungen an Grundschulen werden durchschnittlich um 5% angehoben. Die Gebühren für die Betreuungseinrichtungen an Grundschulen werden auf das Niveau der kreiseigenen Einrichtungen angehoben. Die Gebühren für das Basismodul der Kindergärten sollen aber unverändert bleiben. Für das Jahr 2010 erwarte ich dadurch Mehreinnahmen bzw. Einsparungen in Höhe von 40.000 € und ab dem Jahr 2011 von 80.000 €. Eine weitere Erhöhung um 5 % soll ab dem Jahr 2012 erfolgen. Dies dürfte nach meiner Schätzung weitere Mehreinnahmen bzw. Einsparungen in Höhe von 95.000 € für die Jahre 2012 und 2013 erwarten lassen. Mit meinem Vorschlag lasse ich mich von der Vorstellung leiten, dass die städtischen Pflichtleistungen in diesem Bereich möglichst kostengünstig für die Eltern angeboten werden, während für die freiwilligen Leistungen ein deutlich höherer Kostendeckungsgrad erreicht werden soll.

Die Umsetzung der Änderung der Mindestverordnung des Landes Hessen für Kindertagesstätten wird um ein Jahr auf 2011 verschoben, so lassen sich in 2010 Einsparungen in Höhe von 135.000 € an Personalkosten erzielen.

Die Zuwendungen für die freien Träger von Kindertagesstätten werden auf 1,2 Mio. € ab dem Jahr 2011 begrenzt. Die vorgeschlagenen Gebührenerhöhungen sind dabei natürlich zu berücksichtigen. Über den Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung bedeutet dies eine Einsparung von 500.000 €.

Die Personalaufwendungen im Produkt „04.02.01.00 Tageseinrichtungen für Kinder“ werden mit dem Ansatz des Jahres 2011 begrenzt. Dadurch erwarte ich Einsparungen von 189.000 € in 2012 und von 218.000 € in 2013.

Die Stadtbücherei wird geschlossen, mit Rücksicht auf das vorhandene Personal aber erst ab 2011. Ab 2011 lassen sich Einsparungen in Höhe von durchschnittlich 218.000 € erzielen.

Die jährlichen Zuwendungen der Stadt Flörsheim am Main für Schulbüchereien o.ä. werden gestrichen. Ab 2010 lassen sich Einsparungen in Höhe von 3.000 € erreichen.

Die Informationsbroschüre TIPP erscheint nur noch im Internet. In 2010 werden damit Einsparungen von 9.000 € und ab 2011 von 18.000 € erreicht. Der Verzicht auf den städtischen Veranstaltungskalender ist aus meiner Sicht auch deshalb vertretbar, weil die städtischen Veranstaltungen regelmäßig über die Medien und auf andere Art beworben werden.

Die jährlich stattfindende Sportlerehrung wird abgeschafft. Dies bedeutet Einsparungen von 7.000 € jährlich ab 2010.

Die Mitgliedschaft im Verband Taunus Touristik wird gekündigt. Dies bedeutet Einsparungen von 4.000 € jährlich ab 2011.

Der städtische Empfang vor dem Fastnachtsumzug wird aufgegeben und der jährliche Zuschuss der Stadt Flörsheim an den FNC in Höhe von 6.200 € wird bis auf weiteres gestrichen. Dies bedeutet Einsparungen von 8.000 € ab dem Jahr 2010. Die Stadt Flörsheim am Main hat für die Straßenfastnacht mit steigender Tendenz Aufwendungen von rd. 50.000 € jährlich. Mit den vorgeschlagenen Kürzungen ist die Flörsheimer Straßenfastnacht nach meiner Meinung auch nicht ansatzweise gefährdet. Vielmehr ist trotz der Einsparungen sichergestellt, dass die Straßenfastnacht vom ausrichtenden Flörsheimer Narren Club auch in den nächsten Jahren unverändert durchgeführt werden kann. Eine Rathaussturm ohne städtischen Empfang ist dabei für die Stadt kein Kostenfaktor und könnte jederzeit stattfinden.

Der jährliche Frühlingsmarkt der Stadt Flörsheim am Main entfällt. Dies bedeutet Einsparungen von 6.000 € ab dem Jahr 2010.

Das städtische Tiergehege in Bad Weilbach wird aufgelöst oder an einen privaten Träger übergeben. Dies bedeutet Einsparungen von 8.000 € ab dem Jahr 2011.

Die städtischen Brunnenanlagen in Weilbach (Frankfurter Straße) und der Brunnen vor der evangelischen Kirche werden auf Dauer stillgelegt und mittelfristig abgebaut. Dies bedeutet Einsparungen von 4.000 € ab dem Jahr 2010.

Die Aufwendungen für die Instandhaltung im Tiefbau werden um weitere 25.000 € ab 2010 gekürzt.

Das Geschirrmobil wird abgeschafft. Dies bedeutet Einsparungen von 2.000 € ab dem Jahr 2010. Hinzu kommen Einsparungen für die Ersatzbeschaffung.

Die Personalaufwendungen des städtischen Bauhofs werden ab 2011 auf 1,5 Mio. € begrenzt. Damit ergeben sich Einsparungen von insgesamt 154.000 €

Das Angebot des Stadtbusses soll verringert/halbiert werden. Ab dem Jahr 2011 werden Einsparungen in Höhe von rd. 120.000 € erwartet. Das Angebot im Schülerverkehr soll dabei unverändert bleiben.

Die Einsparungen reduzieren die Zinsbelastung durch den Kassenkredit (2,0%) über den Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung um ca. 60.000 €

Von den aufgelisteten Vorschlägen erwarte ich, dass für den Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung von 2010 bis 2013 Einsparungen in einer Höhe von rd. 6,1 Mio. € erzielt werden. Diese Einsparungen sind eine erste realistische Schätzung und bedürfen noch der Konkretisierung. Ich erhebe auch nicht den Anspruch, dass meine Vorschläge den einzig gangbaren Weg zur Haushaltskonsolidierung vorgeben, aber sie legen die Messlatte zur Konsolidierung der städtischen Finanzen auf eine Höhe, die übersprungen werden kann oder wohl eher übersprungen werden muss.

Mit den vorgeschlagenen Einsparungen wird sich der Deckungsgrad der laufenden städtischen Ausgaben von lediglich 64 % im aktuellen Haushaltsentwurf des Jahres 2010 auf immerhin 89,4 % im Jahr 2013 erhöhen. Aber selbst bei Umsetzung aller jetzt aufgelisteten Vorschläge verbleibt bis Ende 2013 ein kumuliertes Defizit in der Größenordnung von 31 Mio. € Diese Zahl sollte Ihnen noch einmal vor Augen führen, wie kritisch die finanzielle Lage unserer Stadt beurteilt werden muss. Auch nach Umsetzung dieser einschneidenden Maßnahmen leben wir immer noch deutlich über unsere Verhältnisse.

Zurückgehende Einnahmen und steigende Ausgaben bestimmen auch das Bild des Haushaltsentwurfs 2010. Nichts davon haben wir zu verantworten. Aber uns obliegt unter diesen Voraussetzungen die Pflicht zu handeln. Hierzu habe ich Ihnen mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2010 und den jetzt gegebenen Erläuterungen eine in meinen Augen schonungslose Analyse der Finanzlage unserer Stadt Flörsheim am Main vorgelegt.

Diese Vorlage wäre ohne die engagierte Mitarbeit der Verwaltung nicht möglich gewesen, deshalb möchte ich es am Ende meiner Ausführungen nicht versäumen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meiner Verwaltung und dabei insbesondere des Amtes für Finanzwirtschaft unter der Leitung von Herrn Magistratsdirektor Willi Kopp herzlich zu danken.

Wenn wir uns jetzt nicht zum Handeln entschließen, werden wir wahrscheinlich das Licht am Ende des Tunnels niemals sehen. Denn tatsächlich gibt es in unserer Situation keinen Tunnel, den Weg durch den Schuldenberg müssen wir schon selber graben. Wir sollten bald damit anfangen. Allem Anschein nach dürfen wir dabei nicht auf Hilfe von Land oder Bund hoffen.

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.